

Stellungnahme der Frauen und Gender BeobachterInnengruppen bei der Eröffnungssitzung der AWG-KP12, Bonn 1. Juni 2010

Verehrte Delegierte,

die BeobachterInnengruppe der Frauen und GenderexpertInnen appelliert an Ihr Verantwortungsbewusstsein, dass der Klimawandel eine Bedrohung für unsere Wirtschaftssysteme, Demokratien und unser Überleben darstellt. Der Klimawandel betrifft uns alle, aber er ist nicht geschlechtsneutral. Um zukünftige Folgen zu vermeiden und die aktuellen zu vermindern, bitten wir Sie, sofort zu handeln.

Die Ausweitung der Beteiligung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauenorganisationen, ist essentiell um den Herausforderungen zu begegnen und um die Verbindung zwischen politischen Entscheidungen und deren Umsetzung an der Basis sicherzustellen. Wir möchten unsere Erfahrungen mit Ihnen teilen und auf drei Verhandlungspunkte hinweisen:

1. Erstens ist es notwendig, dass jedes Land Maßnahmen ergreift, die die globale Erwärmung auf maximal 1.5°C zu begrenzen.

Die Zeit ist gekommen, um von einer Lebensweise, die auf nuklearer und fossiler Energie basiert, abzurücken und sich dem Wandel zu einer atomfreien und kohlenstoffarmen Zukunft zu verpflichten. Finanzielle und intellektuelle Kraft wird benötigt, um diesen Wandel zu einem Erfolg zu machen. Daher sind großangelegte Investitionen in nicht nachhaltige Strukturen, wie neue Kohlekraftwerke oder Atomkraftwerke, nicht länger akzeptabel.

2. Zweitens muss die finanzielle Unterstützung für die Verminderung des Klimawandels zu wirklich nachhaltiger Entwicklung und dem Erhalt der Umwelt beitragen, wie es das Kyoto Protokoll vorsieht.

Atomenergie muss aus den flexiblen Mechanismen **ausgeschlossen bleiben**. In der Tat ist eindeutig und bewiesen, dass **Atomenergie in jeder Produktionsphase eine Bedrohung des menschlichen Lebens** darstellt, für heutige und zukünftige Generationen. Wir fordern dazu auf, den Weg für **innovative Lösungen, die breitenwirksames Wachstum schaffen**, zu ebnen - auch für dezentrale, nachhaltige **Projekte auf Ebene der Haushalte und Gemeinden**. Das Potenzial von Klimaschutzprojekten auf der Ebene von Kommunen und Gemeinden ist enorm. Dies wird den Zugang von Frauen zu den globalen Klimafinanzierungsinstrumenten erhöhen und kann eine faire geografische und für die Geschlechter ausgeglichene Verteilung von Projekten zur Abschwächung des Klimawandels ermöglichen.

3. Drittens, LULUCF betreffend: Wälder müssen unbedingt angemessen definiert werden, so dass der Wert der Biodiversität von Wäldern deutlich wird. In der Tat ist der Einfluss von Baumplantagen in Monokulturen verheerend sowohl für die Ökosysteme, als auch die lokale Bevölkerung, insbesondere Frauen, deren Überlebensicherung auf Biodiversität angewiesen ist. Deshalb müssen Monokultur-Plantagen von der Definition ausgeschlossen werden.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie diese Punkte in Ihren Verhandlungen bedenken.